

10/2025 12. JUNI

- 2 **Wirtschaftspolitik** Nur teilweise auf Kurs
- 3 **Weltwirtschaft** Der Weg zum Techno-Nationalismus
- 5 **Nachgefragt** Wirtschaftspolitik wird zum Machtinstrument
- 6 **Arbeitszeit** Überlange Tage helfen niemandem

URLAUBSGELD

Deutlich häufiger mit Tarif

Urlaubsgeld gibt es für nicht einmal die Hälfte der Beschäftigten – in tarifgebundenen Betrieben liegt der Anteil wesentlich höher.

Nur 44 Prozent aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft erhalten Urlaubsgeld. In Betrieben ohne Tarifvertrag sind es sogar nur 34 Prozent, in tarifgebundenen Betrieben hingegen 72 Prozent. Das ist das Ergebnis einer Online-Befragung von Lohnspiegel.de, einem Internetportal des WSI. Für die Analyse wurden die Angaben von mehr als 67.000 Beschäftigten aus dem Zeitraum von Anfang Mai 2024 bis Ende April 2025 ausgewertet.

„Wer in einem Betrieb mit Tarifvertrag arbeitet, hat deutlich bessere Aussichten auf Urlaubsgeld. Zugleich ist in tarifgebundenen Betrieben in der Regel auch das Grundgehalt höher als ohne Tarifvertrag“, sagt WSI-Lohnexperte Malte Lübker. „Tarifverträge lohnen sich also für die Beschäftigten nicht nur zur Urlaubszeit, sondern das ganze Jahr über.“

Neben der Tarifbindung gibt es eine Reihe weiterer Einflussfaktoren. Ein Beispiel ist die Betriebsgröße: So erhalten 59 Prozent der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Großunternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten Urlaubsgeld; in kleineren Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten sind es lediglich 36 Prozent.

Auch der Standort der Unternehmen spielt eine wichtige Rolle: In Westdeutschland bekommen 46 Prozent der Beschäftigten eine Extrazahlung, in Ostdeutschland sind es nur 33 Prozent. Bei beiden Merkmalen spielt wiederum die Tarifbindung eine wichtige Rolle, da größere Unternehmen wesentlich häufiger tarifgebunden sind und die Tarifbindung in Ostdeutschland immer noch unter dem westdeutschen Niveau liegt. In einigen Branchen oder Großunternehmen, in denen bundesweite Tarifverträge gelten, gibt es beim Urlaubsgeld keine Ost-West-Unterschiede mehr. „Die Zahlen machen deutlich, dass eine höhere Tarifbindung ein wichtiger Faktor ist, um die Ungleichheit am Arbeitsmarkt zu reduzieren“, sagt Bettina Kohlrausch, wissenschaftliche Direktorin des WSI.

Frauen haben mit 39 Prozent deutlich seltener Aussicht auf Urlaubsgeld als Männer mit 48 Prozent. Dies ist im Wesentlichen auf eine für Frauen ungünstige Verteilung der Beschäftigtenzahlen nach Betriebsgrößen und Berufsgruppen zurückzuführen.

Tarifvertrag zahlt sich aus

Urlaubsgeld erhalten in der Privatwirtschaft ...

von allen Beschäftigten



Beschäftigte mit Tarifvertrag

72 %

Beschäftigte ohne Tarifvertrag

34 %

im Westen

46 %

im Osten

33 %

Männer

48 %

Frauen

39 %

in Betrieben mit ...

mehr als 500 Beschäftigten

59 %

100 bis 500 Beschäftigten

50 %

weniger als 100 Beschäftigten

36 %

Quelle: WSI 2025

Hans Böckler
Stiftung

Wie hoch das tarifliche Urlaubsgeld ausfällt, hängt von den genauen Regelungen in den einzelnen Tarifverträgen ab. Diese unterscheiden sich zum Teil erheblich: Die Spannbreite reicht von 186 Euro für Beschäftigte in der Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern bis zu 2820 Euro für Angestellte der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie im Tarifbezirk Westfalen-Lippe. <

Quelle: www.lohnspiegel.de

Nur teilweise auf Kurs

Die Krisen der vergangenen Jahre haben dem Wohlstand und der Nachhaltigkeit geschadet. Ein Lichtblick sind die Investitionspläne der Bundesregierung.

Corona, Ukrainekrieg, Inflation: Die Serie der Krisen im laufenden Jahrzehnt hat der deutschen Wirtschaftspolitik die Bilanz verhaselt. Das geht aus einer Analyse von Fabian Lindner von der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Technik und Anita Tiefensee von der Hochschule des Bundes in Berlin hervor, die für das IMK den Stand der ökonomischen, finanzpolitischen, sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit dokumentiert haben. Ihrer Auswertung zufolge konnten in den Jahren 2020 bis 2024 „nur die wenigsten Nachhaltigkeitsziele“ erreicht werden. Immerhin sei es aber gelungen, durch staatliche Krisenpolitik schlimmere Auswirkungen zu verhindern. Damit Deutschland in Sachen Nachhaltigkeit wieder Tritt fasst, seien massive öffentliche Investitionen nötig. Angesichts der jüngsten Reform der Schuldenbremse und des Infrastrukturfonds der Bundesregierung sei hier Besserung in Sicht. „Die Grundgesetzänderung an den Schuldenregeln ist eine riesige Chance für Deutschland, den Trend bei Nachhaltigkeit und Wohlstand zu drehen“, so auch IMK-Direktor Sebastian Dullien.

„Um den materiellen Wohlstand und die ökonomische Stabilität ist es nach der Corona- und Inflationskrise insgesamt nicht gut bestellt“, schreiben Lindner und Tiefensee. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) war laut ihren Berechnungen 2024 nur 0,3 Prozent höher als 2019, pro Kopf sogar 1,6 Prozent niedriger, weil seitdem die Bevölkerung um 1,6 Millionen Personen zugenommen hat. Die Inflation ist im Vergleich zu den Vorjahren 2024 zwar wieder gesunken, lag mit 2,5 Prozent aber immer noch über dem Zielwert der Europäischen Zentralbank von zwei Prozent. Das hat auch den privaten Konsum belastet, der im vergangenen Jahr pro Kopf 1,3 Prozent geringer ausfiel als 2019. Lediglich bei der Beschäftigung wurde das Ziel übererfüllt, die Beschäftigungsquote übertraf 2024 mit 81,1 Prozent sogar das Vorkrisenniveau – auch dank Kurzarbeit in Krisenzeiten. Die Leistungsbilanz hat sich zwar zielkonform entwickelt, der Überschuss war mit 5,8 Prozent des BIP zuletzt aber nur knapp unter seinem zulässigen Höchstwert. Der hohe Überschuss ist nicht zuletzt Donald Trump ein Dorn im Auge, der Europa deswegen mit noch höheren Zöllen droht.

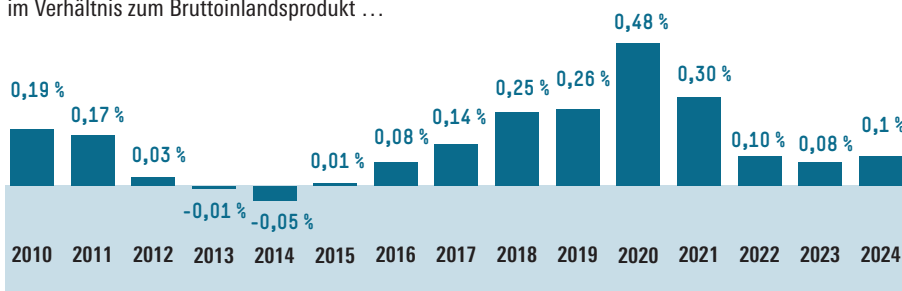
Auch bei den Staatsfinanzen haben die Krisen Spuren hinterlassen: Das strukturelle staatliche Defizit lag 2024 mit 1,4 Prozent über der Grenze des EU-Fiskalpacts von 0,5 Prozent, der Schuldenstand war mit 63 Prozent des BIP ebenfalls zu hoch. Beide Werte haben sich laut Lindner und Tiefensee allerdings im Vergleich zu den Vorjahren – auch infolge der Inflation – verbessert, zudem stehe Deutschland besser da als

die meisten EU-Länder, die im Schnitt auf eine Schuldenquote von 81,6 Prozent kommen. Für viel bedenklicher halten die Forschenden die klägliche Investitionsquote: Netto investierte der Staat 2024 nur 0,1 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Im Hinblick auf soziale Nachhaltigkeit seien ebenfalls alle Zielwerte verfehlt worden, heißt es in der Studie. Der Anteil der Armutsgefährdeten an der Bevölkerung lag 2023 – dem letzten Jahr, für das Daten verfügbar sind – bei 16,6 Prozent und damit gut drei Prozentpunkte über dem anvisierten Zielwert. Dass die Quote seit 2021 immerhin minimal gesunken ist, erklären Lindner und Tiefensee auch mit dem höheren Mindestlohn. Die Einkommensungleich-

Der Zukunft wenig zugewandt

So hoch waren die staatlichen Nettoinvestitionen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt ...



Quelle: Lindner, Tiefensee 2025

Hans Böckler
Stiftung

heit hat ihrer Analyse zufolge 2023 zum zweiten Mal in Folge zugenommen: Das Einkommen des oberen Fünftels der Haushalte war 4,6-mal so hoch wie das des unteren Fünftels. Der Anteil der 18- bis 24-Jährigen ohne Hochschulreife oder Berufsausbildung belief sich 2023 auf 13,1 Prozent und ist seit 2021 um 1,5 Prozentpunkte gestiegen. Lediglich in Sachen Geschlechtergleichheit ist eine erfreuliche Entwicklung festzustellen: Die Lohnlücke, die 2024 bei 16 Prozent lag, ist in den vergangenen drei Jahren um zwei Prozentpunkte gesunken.

Bei der Senkung der Treibhausgasemissionen wurden die Ziele des Klimaschutzgesetzes seit 2019 eingehalten. Die Emissionen lagen im vergangenen Jahr 47,6 Prozent unter denen von 1990 und 3 Prozent unter denen von 2023. Ursächlich dafür seien allerdings vor allem Produktionsrückgänge in energieintensiven Industrien gewesen, so Lindner und Tiefensee. Der Primärenergieverbrauch sei ebenfalls deutlich gesunken – seit 2019 um 17,8 Prozent –, der Anteil der Erneuerbaren am Endenergieverbrauch von 17,3 auf 22,4 Prozent gestiegen. Die Ziele der Regierung seien aber jeweils verfehlt worden. <

Quelle: Fabian Lindner, Anita Tiefensee: Nachhaltigkeit der Wirtschaftspolitik – Stagnation statt Transformation, IMK Study Nr. 99, Juni 2025

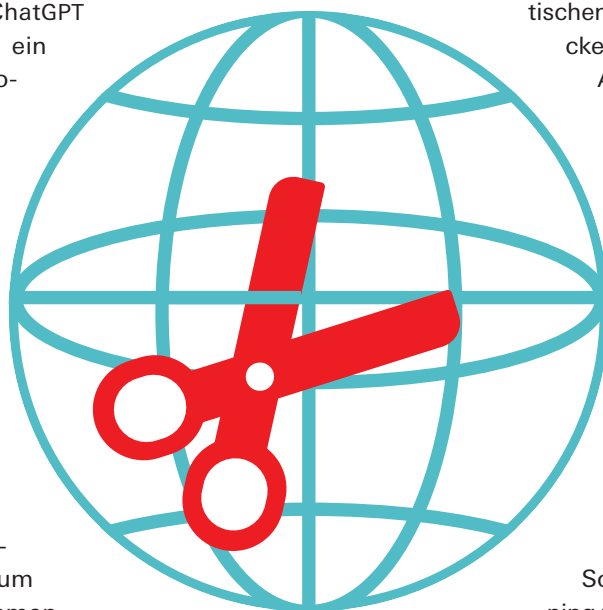
Der Weg zum Techno-Nationalismus

Wie geht es weiter mit der Globalisierung? Forschende sehen kritische Entwicklungen: zunehmende wirtschaftliche und militärische Konkurrenz zwischen Staaten, wachsende Macht weniger Konzerne, weniger Chancen für Ärmere und für demokratische Mitgestaltung.

Die Vision einer Welt, die immer weiter zusammenwächst, liegt in Scherben. In Europa tobt wieder Krieg, Spannungen zwischen den USA und China bestimmen die weltwirtschaftliche Entwicklung. Dem globalen Süden droht eine neue Schuldenkrise. Gleichzeitig führen technologische Entwicklungen, Stichwort KI, zu Umbrüchen auf allen Ebenen von Wirtschaft und Gesellschaft. Doch auch die Globalisierung nach bekanntem Muster – verbunden mit Druck auf Löhne wie Sozialstandards – geht weiter. Und schließlich: Die Klimakrise verschärft sich von Jahr zu Jahr. Eine Schwerpunkt-Ausgabe der WSI-Mitteilungen beleuchtet verschiedene Aspekte dieser Gemengelage. Einige Erkenntnisse:

Wie KI die Machtverhältnisse verschiebt

Hypes kommen und gehen. Wer spricht noch von der Industrie 4.0? Manche technische Entwicklung wird als Revolution angekündigt und geht dann so langsam vonstatten, dass Nichtfachleute kaum noch Notiz davon nehmen. Doch es gibt auch den anderen Fall. Die Veröffentlichung von ChatGPT war ein Paukenschlag oder ein „iPhone-Moment“, wie es Florian Butollo von der Universität Frankfurt ausdrückt. Damit hat der Run auf eine Universaltechnologie begonnen, die in Kürze in allen möglichen Lebensbereichen unerlässlich sein könnte – und sich in der Arbeitswelt bereits rasant schnell ausgebreitet hat. Dabei geht es nicht nur um maschinell verfasste Sportberichte, schnellere Internetrecherchen oder selbstfahrende Autos. Es geht auch um die Bewältigung riesiger Datenmengen bei der militärischen Aufklärung und autonome Waffensysteme. Neben der wirtschaftlichen Bedeutung ein Grund dafür, dass „alle führenden Wirtschaftsräume explizite KI-Strategien veröffentlicht“ haben, so Butollo. Der Handelskrieg zwischen den USA und China, die beide die Technologieführerschaft bei KI erreichen wollen, werde aktuell im Wesentlichen durch Beschränkungen im Bereich der Hochtechnologie ausgetragen. Andere Länder oder Wirtschaftsräume bemühen sich zumindest, ihre Abhängigkeit von ausländischen Anbietern zu reduzieren. Der Forscher beobachtet eine „Verschiebung vom Techno-Globalismus zu einem Techno-Nationalismus“.



Aber warum entsteht dabei eine Konkurrenz, als ginge es um alles oder nichts? Das liegt an den Besonderheiten der Internet-Ökonomie. Zwar sind es immer mal wieder kleinere Unternehmen, die den Fortschritt beflügeln, doch die Kräfte, die auf die Entstehung monopolartiger Strukturen hinwirken, sind hier so stark wie in keinem anderen Wirtschaftssektor. Die großen Plattformbetreiber – etwa der Google-Konzern Alphabet, Meta, Amazon, Microsoft oder Baidu, Alibaba, Tencent und Huawei aus China – fungieren „als Drehkreuz der Distribution und Entwicklung“ und haben das Heft in der Hand. Nur sie können liefern, was für die Weiterentwicklung von KI existenziell ist: ungeheure Datenmengen und Rechenkapazitäten. Der Großteil der Entwicklungsländer bleibe bei all dem weitgehend außen vor, so Butollo.

Klimaschutz tritt in den Hintergrund

Die wachsende Vormachtstellung von Big Tech, in den USA im engen Schulterschluss mit der Trump-Regierung, verändert Gesellschaften auch jenseits der geopolitischen Dimension. Wohin sich die KI entwickelt, hängt laut dem Forscher von den Auseinandersetzungen in den Führungskreisen privater Organisationen ab, bei denen demokratische Institutionen weder Einfluss noch Einblick haben. Inwieweit sich das Gemeinwohl gegen die Profitorientierung durchsetzen kann, ist fraglich. Die Gefahren sind vielfältig: wirtschaftliche Abhängigkeit, zahlreiche Manipulationsmöglichkeiten, die sich den Herrschern über die Wissensbestände bieten, und nicht zuletzt ist KI auch eine ökologische Herausforderung. So erforderte beispielsweise das Training von ChatGPT 4 das 50-fache der Energiemenge, die bei Version 3 nötig war.

Doch ökologische Fragen treten derzeit in den Hintergrund, konstatiert die Politikwissenschaftlerin Simone Claar. Aktuell sei kaum erkennbar, dass die internationale Gemeinschaft den Kampf gegen den Klimawandel als gemeinsame Aufgabe begreift. Aufgrund der weltpolitischen Lage wird es schwieriger, gemeinsame Projekte durchzusetzen. Geopolitische Interessen einzelner Staaten dominieren und bestehende Ungleichheiten verstärken sich. Kriege und andere Konflikte verschärfen die Naturzerstörung. Die Bereitschaft der reichen Länder, die notwendige Unterstützung für eine sozial-ökologische Transformation zu leisten, ist gering. > > > >

Auch in anderen Sektoren schreitet die Konzentration wirtschaftlicher Macht voran. Oft zulasten der Arbeitnehmerrechte. Das beschreibt Ismail Doğa Karatepe von der Universität Muğla in der Türkei am Beispiel der Beschäftigung an den Knotenpunkten des globalen Güterhandels: in der Hafenwirtschaft. Hier zeige sich, welche Ausweichstrategien Großkonzerne finden, „wo der Abbau von Schutzrechten der Beschäftigten auf den Widerstand gut organisierter und konfliktbereiter Belegschaften stößt“.

Eine neue Schuldenkrise

Die Ausbeutung des sogenannten Globalen Südens geht auch auf einer anderen Ebene weiter: „Vor unseren Augen spielt sich die schlimmste Schuldenkrise der Nachkriegszeit ab. Die sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Kosten sind dramatisch“, schreibt die Politikwissenschaftlerin Frauke Banse von der Universität Kassel. Viele Entwicklungsländer können ihre Schulden nur noch mit Notkrediten des Internationalen Währungsfonds bedienen. Andere Staaten und internationale Investoren nutzen dies aus, indem sie sich geopolitisch beziehungsweise geoökonomisch neu aufstellen oder hohe Renditen aus dem Schuldendienst erzielen.

Insgesamt konstatieren Simone Claar und Christoph Scherrer, die diese Schwerpunktausgabe der WSI-Mitteilungen koordiniert haben, „dass geopolitisches Denken die erforderliche globale Zusammenarbeit zur Bewältigung der vielfältigen Herausforderungen behindert“. Die Verschärfung der Standortkonkurrenz schwäche zudem den Zusammenhalt der Beschäftigten, der für eine gerechte Lastenverteilung auf dem Weg zu einer planetenverträglichen Produktions- und Konsumweise notwendig ist. Kluge Gegenstrategien seien gefragt. <

Quelle: WSI-Mitteilungen 3/2025, Juni 2025 [Link zur Studie](#)



Ungleichheit verschärft

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Um diese zu bewältigen, müssen alle an einem Strang ziehen. Gefragt sind globale Lösungsansätze, die mit Blick auf lokale Gegebenheiten umgesetzt werden und sowohl ökologische Nachhaltigkeit als auch soziale Gerechtigkeit berücksichtigen. Nötig wäre „eine neue Weltwirtschaftsordnung, die die globalen Ungleichheiten überwindet“, erklärt die Politikwissenschaftlerin Simone Claar.

Neu ist diese Einsicht nicht: Bereits die im Jahr 1974 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete Erklärung über eine „Neue Internationale Wirtschaftsordnung“ zielte darauf ab, die ungleiche Verteilung von Reichtum zu korrigieren und den Entwicklungsländern ein gleiches Mitspracherecht in der globalen politischen und ökonomischen Architektur zu gewährleisten. Zwar spielte die Klimapolitik in den Plänen für eine alternative Wirtschaftsordnung kaum eine Rolle, im Hinblick auf die Energiepolitik gab es jedoch bereits das Ziel, die Staaten des Globalen Südens mithilfe von So-

lar- und
len Ener
Um dies
te – Inve
klimasch
le Unters
In d
man her
und priv
als Finan
ren Finan
rierte Fo
nale Abl
Geldgeb
ist die „
für eine
lem dar
ren zu m
die Empt
schaftlic
den dab
wären g
die „una
interess

Arbeit im Hafen

In Häfen, den „Engpässen der globalen Lieferketten“, so der Politikwissenschaftler Ismail Doğa Karatepe, haben sich häufig ganz besondere Arbeitsregime herausgebildet. Die Arbeit ist schwer, fällt unregelmäßig an – nämlich dann, wenn ein Schiff ankommt – und muss schnell gehen, weil manche Waren verderblich sind und jeder Tag im Hafen die Reeder Geld kostet. Das Risiko, zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht genügend Personal zu finden, wäre für die Schiffseigner hoch, während Arbeitende ihre Einkünfte nicht zuverlässig voraussehen können. Die historische Lösung: Es haben sich unterschiedliche Formen von Beschäftigtenpools herausgebildet, die dafür sorgen, dass stets genügend Leute verfügbar sind und im Gegenzug eine feste Anstellung bei vergleichsweise guten Arbeits- und Entlohnungsbe-

dingungen bekommen. Das Poolsystem sorgte lange Zeit für die Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten und unterband Lohndumping. Doch der zunehmenden Marktmacht schnell wachsender Logistikkonzerne haben die Häfen immer weniger entgegenzusetzen. So legen viele Schiffe nicht mehr in Antwerpen an, sondern in Vlissingen, wo die Hafenbeschäftigten schlechter organisiert sind. In Hamburg verlagern sich Teile der Logistikarbeit aus dem Kerngebiet des Hafens in die Peripherie. Die Gelegenheitsarbeit, meist ausgeführt von Migrantinnen und Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten, ist zurück. Dies werfe „Fragen nach der gesellschaftlichen Verantwortung für kritische Infrastruktur auf“, so Karatepe. <



Schulden

Viele Länder der Welt sind verschuldet. Andere sind es gar nicht, sie die Kredite einsetzen. China ist ein Beispiel für laterale Geberspielen, die jedoch nicht nur Investoren, die über sich gesichert sind, sondern auch nur möglich, wenn sie so die Politikwirtschaften während der Pandemie. Während sich in den Ländern der Welt die Geschäftsbanken verschulden, investieren die Liberalisierung der Wirtschaftsregeln so, dass die Investitionen in die Infrastruktur, die in der Zwischenzeit so, dass die wirtschaftliche Schu-

ärft die Klimakrise

Windenergie unabhängiger von fossilen Energieträgern wie Öl und Gas zu machen. zu erreichen, sind – damals wie heute – Substitutionen in erneuerbare Energien und anwendende Technologien sowie finanzielle Unterstützung notwendig.

Der Entwicklungsfinanzierung setzt die UNCTAD verstärkt auf die Kapitalmärkte ab. Diese Investoren. Dieser Prozess wird Globalisierung bezeichnet. Dazu gehören Finanzierungsinstrumente wie strukturierte Anleihen sowie internationale Investitionen, die private und öffentliche Investitionen zusammenbringen. Ein Beispiel ist die „Just Energy Transition Partnership“ (JETP) für die Energiewende. Dabei geht es vor allem darum, die Risiken für private Investoren zu minimieren – und sie stattdessen auf die Empfängerländer zu übertragen. Die wirtschaftlichen und sozialen Implikationen werden dabei jedoch oft vernachlässigt. Dabei werden gerade jetzt neue Lösungen gefragt, die unabhängig von nationalen oder Profitinteressen sind, so die Forscherin. <

en schaffen Abhängigkeiten

Im Globalen Süden sind hochverwertbare Staaten nutzen dies aus, indem sie als geopolitisches Instrument eingesetzt werden. Inzwischen ist der größte Markt. Eine oft unterschätzte Rolle spielen unter anderem internationale Investitionen. Westliche Staaten rechtlich abgrenzen. Eine Lösung der Schuldenkrise sei nicht, wenn wir ihre Ursachen verstehen, so die Wissenschaftlerin Frauke Banse.

Die sogenannten Entwicklungsbanken der 1980er-Jahre vor allem bei öffentlichen Organisationen, sind heute private Anleiher die größte Gläubigergruppe. Die Finanzsysteme und der Investitionschub hierfür die zentralen Voraussetzungen für die Privatisierung öffentlicher Dienste privates Kapital an. Dieses ist verstreut investiert, dass der tatsächliche Stand in vielen Ländern noch

weit höher sein dürfte als bekannt. Aufgrund ihrer starken ökonomischen Relevanz haben die Investoren großen Einfluss. Dieser führt zur weiteren Öffnung von Märkten und zur Förderung von Rohstoffexporten. Die Folge ist, dass die heimische Produktion zurückgedrängt wird und wirtschaftliche Abhängigkeiten zunehmen. Während Rohstoffe ausgebeutet und außer Landes verkauft werden, müssen gleichzeitig immer mehr Güter und Technologien importiert werden. Dies trifft insbesondere auf Afrika zu, wo der Anteil von Rohstoffen am Export in vielen Ländern mehr als 90 Prozent beträgt. Nach Ansicht der Wissenschaftlerin liegen die Ursachen der Schuldenkrise vor allem in der historisch bedingten ökonomischen Struktur der betroffenen Gesellschaften. Diese mache sie anfällig für die Einflussnahme von Staaten und Investoren aus dem Westen, dem Osten oder „aus welcher Himmelsrichtung auch immer“. <



NACHGEFRAGT

Wirtschaftspolitik wird zum Machtinstrument

Wie sich die Weltordnung verändert und was das für Deutschland bedeutet, ordnet IMK-Direktor Sebastian Dullien ein.

Handelskrieg, Zölle, Protektionismus – erleben wir gerade das Ende der Globalisierung?

Ich weiß nicht, ob ich das direkt unterschreiben würde. Aber wir erleben schon grundsätzliche Verschiebungen. Lange Zeit haben die USA und China ihre Handels- und Wirtschaftspolitik darauf ausgerichtet, den ökonomischen Wohlstand ihrer Bürgerinnen und Bürger zu steigern. Das scheint nun nicht mehr an erster Stelle zu stehen. Diese Länder – und andere – sind stärker auf eine Konkurrenz um Macht eingeschwenkt und ordnen auch ihre Wirtschaftspolitik diesem Ziel unter.

Worum geht es konkret?

China hat sich zum Ziel gesetzt, weltweit sowohl machtpolitisch als auch ökonomisch führend zu werden. So subventioniert es beispielsweise viele Branchen, die den Wohlstand des Landes vielleicht gar nicht so sehr

steigern, aber wichtig sind, um militärische Macht zu erlangen oder um in bestimmten Bereichen unabhängig vom Rest der Welt zu werden. Die USA wollen ihre Führungsrolle behaupten und setzen dafür ebenfalls die Wirtschaftspolitik ein. So versuchen sie beispielsweise, Ausfuhren nach China zu begrenzen, auch wenn das dem eigenen Wohlstand eigentlich nicht zuträglich ist. Wenn die USA ihren Unternehmen beispielsweise verbieten, Halbleiter der neuesten Generation oder Fertigungsgeräte für Halbleiter nach China zu liefern, dann ist das nicht hilfreich für diese Unternehmen. Dahinter steht ein anderes Interesse.

Was bedeutet das für Deutschland und die EU?

Das ist für Deutschland und Europa schwierig, da sie lange Zeit sehr stark von einem offenen Weltmarkt profitiert haben. Die EU hatte nie Machtambitionen und hat sie auch heute nicht. Wenn die anderen aber mit dieser Motivation handeln, gerät man schnell ins Hintertreffen, wenn man nicht mitmacht.

Das klingt so, als müsste sich der Staat künftig viel stärker in die Wirtschafts- und Industriepolitik einmischen.

Ich glaube, eine große Stärke der sozialen Marktwirtschaft ist nach wie vor, dass Einzelne im Rahmen klarer Regeln und Rahmenbedingungen mit einer Idee erfolgreich sein und etwas anbieten können, wodurch sich das Leben aller verbessert. Der springende Punkt ist jedoch, dass das allein wahrscheinlich nicht mehr ausreicht. Der Staat muss in bestimmten Bereichen stärker eingreifen und bestimmte Aktivitäten stärker fördern, ohne dass dadurch die Marktwirtschaft grundsätzlich infrage gestellt wird. <

Sebastian Dullien über „Deutschland und die neue Weltordnung“ auf boeckler.de/de/podcasts-22421-wohlstand-in-gefahr-deutschland-und-die-neue-weltordnung-69271.htm

Überlange Tage helfen niemandem

Aktuelle Regierungspläne würden Arbeitstage von über zwölf Stunden erlauben. Das hätte negative Folgen für Gesundheit und Vereinbarkeit – und würde die Wirtschaft nicht ankurbeln.

Die Menschen müssten „wieder mehr und vor allem effizienter arbeiten“, meint Bundeskanzler Friedrich Merz. Im Koalitionsvertrag kündigt die Bundesregierung an, die Möglichkeit einer wöchentlichen statt einer täglichen Höchstarbeitszeit zu schaffen. Das würde erlauben, täglich über zwölf statt maximal zehn Stunden im Erwerbsjob zu arbeiten. Doch die von der Bundesregierung angeführten Ziele – wirtschaftliche Impulse, Interessen von Beschäftigten an Flexibilität und Erhalt des Arbeitsvolumens trotz demografischen Wandels – lassen sich so nicht erreichen, warnen die HSI-Fachleute Amélie Sutterer-Kipping und Laurens Brandt.

Denn erstens könnte eine weitgehende Lockerung der täglichen Arbeitszeit bestehende gesundheitliche Probleme in der Erwerbsbevölkerung verschärfen, was das Arbeitspotenzial schwächt statt stärkt. Zweitens würde sie die Vereinbarkeit von Beruf und Familie weiter beeinträchtigen, was insbesondere die Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben einschränkt, so Sutterer-Kipping und Brandt.

Es wird so viel gearbeitet wie noch nie

Im Jahr 2024 war die Zahl der Erwerbstätigen mit rund 46 Millionen Personen so hoch wie nie zuvor, das Arbeitsvolu-

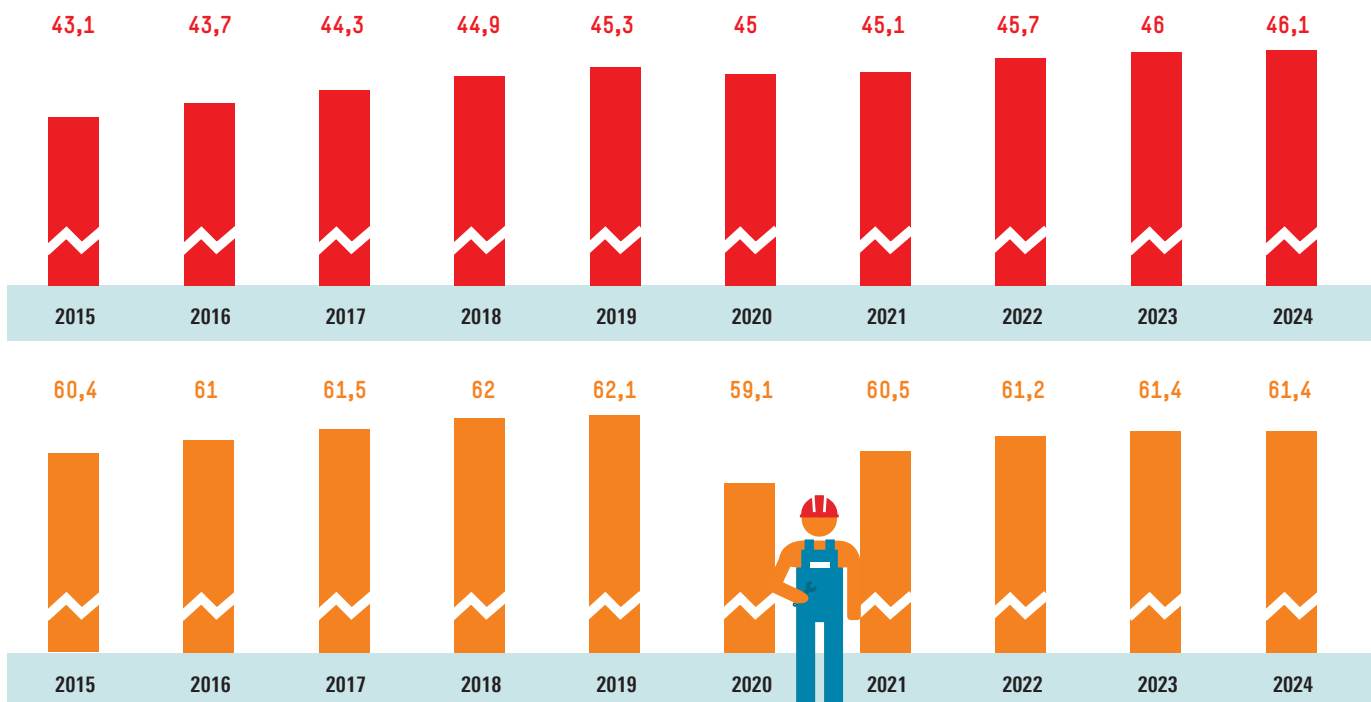
men lag mit gut 61 Milliarden Stunden nah an den Rekordwerten der Vorjahre. Beide Entwicklungen sind wesentlich darauf zurückzuführen, dass heute mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen. Die Erwerbsquote von Frauen ist zwischen 1991 und 2022 um 16 Prozentpunkte auf 73 Prozent gestiegen. „Die Entwicklung der Arbeitszeit zeigt, dass wir uns zunehmend weg vom traditionellen Alleinverdienermodell zu einem Zweiverdienerhaushalt hinbewegen“, schreiben die Forschenden. Weil Frauen besonders häufig in Teilzeit arbeiten, sinkt die durchschnittliche Arbeitszeit pro Person.

Die Flexibilität reicht aus

Den Unternehmen ermöglicht schon die geltende Rechtslage eine erhebliche Flexibilität, betonen die HSI-Fachleute. So kann die Arbeitszeit heute ohne Rechtfertigung auf bis zu zehn Stunden täglich ausgeweitet werden, wenn innerhalb von sechs Monaten ein Ausgleich erfolgt, also die durchschnittliche Arbeitszeit von acht Stunden werktäglich nicht überschritten wird. Darüber hinaus lässt das geltende Arbeitszeitgesetz zahlreiche Ausnahmen für verschiedene Branchen oder Tätigkeiten zu.

Immer mehr Arbeitskräfte

So entwickelten sich **die Zahl der Erwerbstätigen in Millionen** und **das Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen in Milliarden Stunden** ...

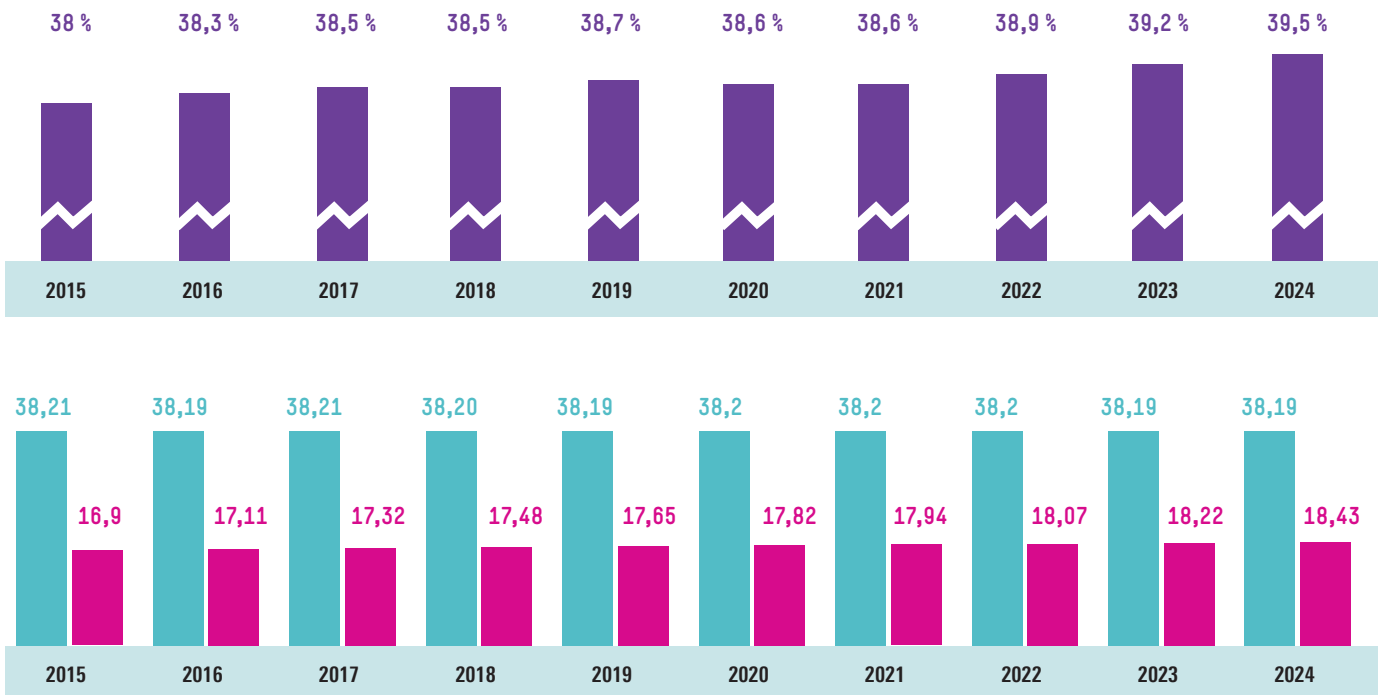


Quelle: IAB 2025

Hans Böckler
Stiftung

Teilzeit auf dem Vormarsch

So entwickelten sich die **Teilzeitquote** und die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der **Vollzeitbeschäftigten** und **Teilzeitbeschäftigten** in Stunden ...



Quelle: IAB 2025

Hans Böckler
Stiftung

Gefährlich für die Gesundheit

Trotz aller bereits bestehenden Flexibilisierungsmöglichkeiten: Dass der Erwerbsarbeitstag im Prinzip nach acht Stunden enden soll, ist kein Zufall, sondern verdankt sich wissenschaftlichen Erkenntnissen zum Gesundheitsschutz. Die Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit würde aber faktisch nach Abzug der Mindestruhezeit von elf Stunden und der entsprechenden Ruhepause von 45 Minuten eine tägliche Höchstarbeitszeit von zwölf Stunden und 15 Minuten ermöglichen. Eine Begrenzung der täglichen Arbeitszeit fände dann nur durch die Mindestruhezeiten und Ruhepausen statt.

Arbeitsmedizinisch sei längst erwiesen, so Sutterer-Kipping und Brandt, dass Arbeitszeiten von mehr als acht Stunden die Gesundheit gefährden. Langfristig kommt es häufiger zu stressbedingten Erkrankungen, sowohl zu psychischen Leiden wie vermehrtem Auftreten von Burnout und Erschöpfungszuständen als auch zu körperlichen Erkrankungen wie Schlaganfällen, Diabetes und einem erhöhten Krebsrisiko. Psychische Erkrankungen sind immer häufiger der Grund für Fehlzeiten und vorzeitiges Ausscheiden aus dem Arbeitsleben. „Neben den fatalen Folgen für Arbeitnehmende stellt dies langfristig auch das Gesundheitssystem und Arbeitgebende vor enorme Herausforderungen“, betonen Sutterer-Kipping und Brandt. Zudem besteht arbeitsmedizinischen Studien zufolge auch ein Zusammenhang zwischen langen werktäglichen Arbeitszeiten und dem Unfallgeschehen am Arbeitsplatz. Das Unfallrisiko steigt ab der achten Arbeitsstunde exponentiell an, sodass Arbeitszeiten über zehn Stunden täglich als hoch riskant einzustufen sind. Nach einer Arbeitszeit von zwölf Stunden ist die Unfallrate bei

der Arbeit oder bei der anschließenden Fahrt nach Hause im Vergleich zu einem achtstündigen Arbeitstag um das Zweifache erhöht.

Vereinbarkeit von Beruf und Familie leidet

Ein weiteres gravierendes Problem: Durch die Einführung einer wöchentlichen Höchstarbeitszeit werden Betreuungskonflikte nicht gelöst, sondern verschärft, so die Forschenden. „Die Vorhersehbarkeit und Planbarkeit von Arbeitszeiten stellen wichtige Schlüsselfaktoren für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie dar. Es droht der Effekt einer weiteren Verringerung der Erwerbsarbeit gerade bei Frauen.“ Das schwächt nicht nur das aktuelle Arbeitsangebot. Langfristig verhindert die ungleiche Teilhabe am Arbeitsmarkt die eigenständige Existenzsicherung, schmälert Aufstiegs- und Weiterbildungschancen und erhöht das Risiko für Altersarmut.

Was Beschäftigten hingegen wirklich helfen würde, Erwerbsarbeit und Sorgearbeit unter einen Hut zu bringen, sei mehr Arbeitszeitsouveränität, also Einflussnahme auf die Verteilung der Arbeitszeit. Im Koalitionsvertrag machen die Forschenden an diesem Punkt aber eine Leerstelle aus. Statt den Irrweg der Arbeitszeitverlängerung einzuschlagen, sollte sich die Bundesregierung lieber an Reformen der bislang letzten schwarz-roten Koalition orientieren. Mit der 2019 eingeführten Brückenteilzeit sei ein erster Schritt gemacht worden, um Frauen aus der „Teilzeitfalle“ zu befreien. Doch bisher gebe es noch zu viele Einschränkungen, die eine breite Anwendung dieses Gesetzes verhindern. <

Quelle: Amélie Sutterer-Kipping, Laurens Brandt: Wöchentliche Höchstarbeitszeit: Gefahr für Vereinbarkeit und Gesundheit, HBS-Kommentar, Juni 2025 [Link zur Studie](#)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung · Georg-Glock-Straße 18 · 40474 Düsseldorf

Verantwortlich: Dr. Claudia Bogedan, Geschäftsführerin;
Rainer Jung, Leiter Öffentlichkeitsarbeit der Hans-Böckler-Stiftung

Redaktion: Dr. Philipp Wolter (Leitung), Jörg Hackhausen,
Dr. Kai Kühne, Sabrina Böckmann, Katja Wolf

Kontakt: redaktion-impuls@boeckler.de · Telefon: +49 211 77 78-230

Druck und Versand: digiteam · Joachim Kirsch · info@digiteam.de

Nachdruck nach Absprache mit der Redaktion und
unter Angabe der Quelle frei www.boecklerimpuls.de

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Böckler Impuls.
Sie können sie jederzeit abbestellen.

Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie
uns eine E-Mail an redaktion-impuls@boeckler.de.

Statt der Printausgabe können Sie hier die Digitalausgabe
bestellen: www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm

Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbei-
tung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter:
www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

ARBEITSMARKT

Begehrte Fachkräfte



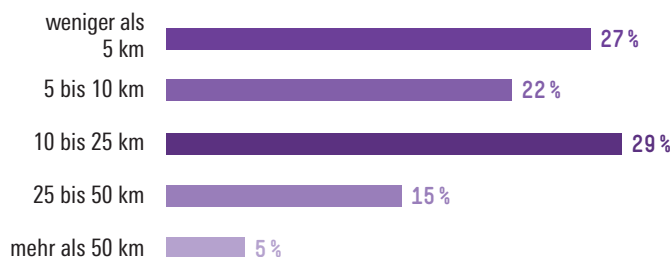
In vielen Berufen haben Unternehmen Schwierigkeiten, Fachkräfte zu finden. Laut der Engpass-Analyse der Bundesagentur für Arbeit betrifft dies 163 von 1200 Berufen, also rund jeden achten Beruf. Zu den Bereichen mit den größten Engpässen zählten 2024 vor allem Pflege- und Gesundheitsberufe. Ebenfalls betroffen waren Bau- und Handwerksberufe. Aber auch Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrer sowie Erzieherinnen und Erzieher wurden händeringend gesucht. <

Quelle: BA, Mai 2025 [Link zur Studie](#)

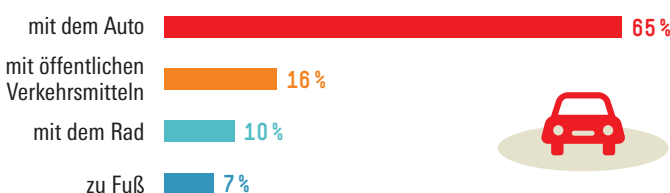
ARBEITSWELT

Zwei Drittel nehmen das Auto

Für so viele Beschäftigte beträgt die Entfernung zur Arbeit ...



Den Arbeitsweg legen zurück ...



Beschäftigte, die Angaben zum Pendeln gemacht haben

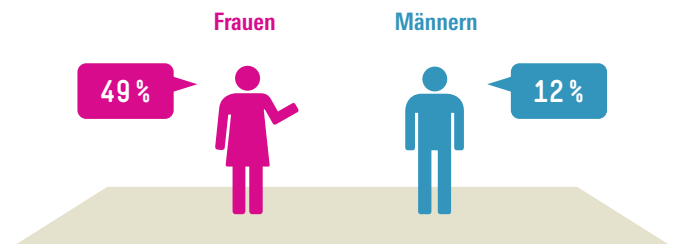
Quelle: Destatis, Mai 2025 [Link zur Studie](#)

Der nächste **Böckler Impuls** erscheint am 26. Juni

GLEICHSTELLUNG

Fast jede zweite Frau in Teilzeit

In Teilzeit arbeiteten 2024 von den erwerbstätigen ...



Quelle: Destatis, Mai 2025 [Link zur Studie](#)

MIGRATION

Ein Viertel mit Einwanderungsgeschichte

Von der aktuellen Bevölkerung in Deutschland sind ...

selbst nach 1950 eingewandert	19,4 %
direkte Nachkommen von zwei nach 1950 zugewanderten Elternteilen	6,3 %

Quelle: Destatis, Mai 2025 [Link zur Studie](#)

WOHNEN

Höhere Miete ohne deutschen Pass

Ausländerinnen und Ausländer zahlen im Durchschnitt 9,5 Prozent höhere Quadratmetermieten für ihre Wohnungen als Deutsche. Laut Statistischem Bundesamt betrug die durchschnittliche Nettokaltmiete 2022 bei Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit 7,75 Euro pro Quadratmeter, bei Deutschen im Schnitt 7,08 Euro. <



Quelle: Destatis, Mai 2025 [Link zur Studie](#)

[Zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

Digitalausgabe bestellen unter www.boeckler.de/de/impuls-bestellen.htm